

Klimapolitik: Weltfremd *



Als «monumentalen Erfolg für die Völker des Planeten» feierte UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon im Dezember das Klimaabkommen. Beschlossen wurde in Paris, die Erwärmung auf deutlich unter **2 Grad** zu begrenzen, wenn möglich aber auf **1,5 Grad**.

Wie unrealistisch dieses Ziel ist, zeigt nun eine Studie der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin am Beispiel Deutschland.

Auftraggeberin war ausgerechnet die Umweltorganisation Greenpeace. Autor Volker Quaschnig stellt klar, dass ab 2040 keinerlei Kohle, Erdöl und Erdgas mehr verfeuert werden dürfen, wenn sich die Erde nur um 1,5 Grad erwärmen soll. Dazu sei die Produktion von Fahrzeugen mit Benzin- und Dieselmotoren möglichst ab 2025 einzustellen und Letztere durch Elektromobile zu ersetzen. Schon ab 2020 müsse der Einbau neuer Öl- und Gasheizungen verboten werden. Geheizt werden dürfe bald nur noch mit Wärmepumpen.

Merkel rudert zurück

Wenn im Verkehr und bei den Gebäuden alles elektrisch läuft, geht natürlich der Stromverbrauch durch die Decke. Studienautor Quaschnig nimmt hier glatt eine Verfünffachung bis 2040 an, rechnet den Anstieg aber gleich wieder durch «ambitionierte Effizienzmassnahmen» auf noch gut eine Verdoppelung herunter. Der viele Strom müsste aber sogenannte erneuerbar erzeugt werden. Denn Kohle scheidet als Energiequelle aus, und auf Atomkraft will Deutschland ja auch verzichten. *«Wir müssen die Wind- und Solarenergie drei- bis sechsmal schneller ausbauen als von der Bundesregierung geplant»*, folgert Quaschnig.

Dabei kostet der Ökostrom die deutschen Konsumenten schon heute jährlich 25 Milliarden Euro, und die Landschaft ist bereits durch 26 000 Wind-□anlagen verschandelt.

Trotz der weltfremden Konsequenzen hat die Bundesregierung Anfang Juli trotzig verkündet, das Uno-Klimaabkommen von Paris «eins zu eins» zu übernehmen. **Inzwischen ist Angela Merkel aber am Zurückrudern.**

Laut dem SPIEGEL hat die Kanzlerin den Umsetzungsplan ihrer Umweltministerin abgeschossen. **Eine «Zielverschärfung» beim Klimaschutz sei nicht vorgesehen,** hiess es aus dem Kanzleramt.

=====

)* *Anmerkung der EIKE-Redaktion* : Dieser Artikel ist zuerst erschienen in WELTWOCHEN Zürich:

Klimapolitik: Weltfremd | Die Weltwoche, Ausgabe 32/2016 | Donnerstag, 11. August 2016

<http://www.weltwoche.ch/>

EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHEN und dem Autor Alex Reichmuth für die Gestattung des ungekürzten Nachdrucks.

=====